

Wirtschaftspolitik zwischen Binnen- und Weltmarkt

Dr. Norbert Reuter, geb. 1960 in Wegberg, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaft in Aachen und York/GB, ist Hochschulassistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der TH Aachen.

Das von der Bundesregierung beschlossene „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ trägt wie bereits vorangegangene wirtschaftspolitische Maßnahmen deutlich eine angebotsorientierte Handschrift. Obwohl solche neoliberalen Vorstellungen die Wirtschaftspolitik seit nunmehr gut 13 Jahren beherrschen, ohne ein Absinken der Wachstumsraten, der Investitionsquoten und des Beschäftigungsvolumens verhindern zu haben, wird diese Politik mit dem nun verabschiedeten Katalog, der sich vor allem durch seine soziale Unausgewogenheit und seine völlige Untauglichkeit zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auszeichnet, verschärft fortgesetzt. Die derzeitige Bonner Wirtschaftspolitik erinnert an einen Arzt, der trotz der Tatsache, daß die „angewandte Medizin die Fieberkurve des Patienten in der Vergangenheit weiter gesteigert hat, nicht in Betracht zieht, das Arzneimittel zu wechseln, sondern eine Erhöhung der Dosis verordnet.

In der Vergangenheit konnte die Bundesregierung einer relativ breiten Zustimmung der Öffentlichkeit zu ihrem wirtschaftspolitischen Kurs sicher sein. Gestützt auf den massiven Beistand von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftspresse und „Sachverständigenrat“ wurde den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl vermittelt, einseitige Verzichtleistungen seien eine notwendige Vorbedingung für einen neuerlichen langfristigen Aufschwung, dessen Früchte letztendlich allen zugute kommen würden. Mit dem nun beschlossenen „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ scheint die zwischen zögerlichem Abwarten und vorsichtiger Zustimmung schwankende Haltung der Öffentlichkeit aber zunehmend in deutliche Ablehnung umzuschlagen, da die Bundesregierung nun vollends die Position der Unternehmer, Kapital- und Vermögensbesitzer übernommen hat. Auch die Gewerkschaften fühlen sich durch das sich verändernde Meinungsklima gestärkt und zeigen sich nun entschlossen, die „Bonner Sparpläne mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen“.¹

I.

Die immer kurzatmiger werdende Wirtschaftspolitik zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß ihr Vorstellungen über langfristige Entwicklungstendenzen und -perspektiven von Industriegesellschaften völlig abhanden gekommen zu sein scheinen. Orientierungsloser Aktionismus beherrscht das Feld. Hilflos wird der Sozialstaat zur Ursache des Problems erklärt, obwohl bis vor kurzem noch Konsens darüber bestand, daß er die ungeheure Wohlstandssteigerung in der Vergangenheit mit ermöglicht hat. Robert Kuttner hat diese nicht nur für Deutschland typische Entwicklung folgendermaßen charakterisiert: „Im 20. Jahrhundert haben liberale und gemäßigte Pragmatiker die gemischte Wirtschaftsordnung erfunden, um die Grausamkeiten eines reinen marktwirtschaftlichen Systems zu mildern. Heutzutage beschwören konservative Träumer technologische Imperative des 21. Jahrhunderts, um ein Zurück zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts durchzusetzen.“²

1 So der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte auf dem Sozialgipfel '96 am 7. und 8. Mai 1996 in Köln.

2 Robert Kuttner, Live by market forces. but don't die by them. in: Business Week, 25.3.1996. S. 26.

Völlig andere wirtschaftspolitische Konsequenzen müßten beispielsweise gezogen werden, wenn anerkannt würde, daß die Wirtschaftsdynamik notwendigerweise nach erfolgtem Wiederaufbau und bei abnehmendem Bevölkerungswachstum nachlassen muß, der Wachstumsprozeß also aus sich selbst heraus seine Grenze erzeugt, die „um so rascher erreicht (wird), je stärker *und* störungsfreier die Expansion verläuft.“³ Sinkende jährliche Wachstumsraten nach erfolgtem Wiederaufbau und bei stagnierendem Bevölkerungswachstum wären nicht mehr als Mangel, sondern als Indikator für eine zunehmende Bedürfnisbefriedigung - somit als Erfolg - zu werten. Zu fragen wäre dann in erster Linie, wie mit dem in der Vergangenheit geleisteten Arbeitsvolumen, das wegen nachlassender binnenwirtschaftlicher Nachfragedynamik und gestiegener Produktivität nicht mehr in ausreichendem Maße privatwirtschaftlich abgerufen wird, umgegangen werden sollte. Forderungen nach kontinuierlicher Arbeitszeitverkürzung und nach öffentlichen Beschäftigungsinitiativen speisen sich aus diesen Vorstellungen. Letztere wären mit einer kontrollierten und wohlstandsrelevanten Erweiterung des öffentlichen Beschäftigungssektors verbunden gewesen und hätten frühzeitig Arbeitsplätze geschaffen, für die es offensichtlich keinen privatwirtschaftlichen, jedoch einen wachsenden gesamtgesellschaftlichen Bedarf gibt, wie in den Bereichen Bildung, Soziales, Kultur und Umwelt.⁴ In jedem Fall aber hätte bereits frühzeitig die Frage der Einkommensverteilung neu beantwortet werden müssen, da voraussehbar war, daß Arbeit zunehmend durch Kapital ersetzt wird, somit die Bedeutung von Arbeitseinkommen ab- und die von Kapitaleinkommen zunimmt.

Statt eine aktive Arbeitsmarkt-, Verteilungs- und Strukturpolitik zu betreiben, hat sich die Bundesregierung jedoch im wesentlichen darauf beschränkt, über wachsende Verschuldung und stärkere Steuer- und Abgabenbelastung der kleiner werdenden Zahl der Arbeitsplatzbesitzer bei gleichzeitiger Entlastung der Gewinne Arbeitslosigkeit statt Arbeit zu finanzieren - mit den heute bekannten Resultaten Massenarbeitslosigkeit *und* hohe Staatsverschuldung.

Die Notwendigkeit einer aktiveren Einflußnahme des Staates wurde von so bedeutenden Ökonomen wie Adolph Wagner oder John Maynard Keynes früh prognostiziert. Keynes sah bereits vor 60 Jahren in der Arbeitszeitverkürzung und v. a. in einer wachsenden Staatstätigkeit die einzige Möglichkeit, der grundlegenden Tendenz zu anhaltender und wachsender Dauerarbeitslosigkeit in entwickelten industriellen Marktgesellschaften entgegenzuwirken.⁵ Viele andere Ökonomen vor Wagner und Keynes hatten bereits auf die (von ihnen positiv bewertete) langfristige Stagnationstendenz hingewiesen. Und viele von ihnen hielten mehr Freizeit, eine Ausweitung öffentlicher Tätigkeiten und eine aktive Verteilungspolitik für eine Notwendigkeit zur Vermeidung krisenhafter Entwicklungen.

Die ökonomische Theorie ist voll von der Beschreibung dieser plausiblen Zusammenhänge und daraus abgeleiteter wirtschaftspolitischer Handlungsoptionen. Gleichwohl liegt der herrschenden Wirtschaftspolitik offensichtlich die völlig irrealen Vorstellung zugrunde, der Güter- und Dienstleistungsberg könne und müsse für alle Zeit wachsen, und dies sei der *einzig*e Weg, um Vollbeschäftigung herzustellen. Da dieser

3 Karl Georg Zinn. Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1994, S. 34.

4 Vgl. hierzu Näheres in Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Memorandum '96. Standortdebatte und Europäische Währungsunion. Kohl 1996. S. 125-137 und Martin Kempe. ZukunftsArbeit. Wege aus der sozialen Krise, Frankfurt a. M./Wien 1995, S. 144-151.

5 Vgl. hierzu das 24. Kapitel in John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), 6. A., Berlin 1983. S. 314-324 und Frank Irrgang/Rolf Münster, Dauerarbeitslosigkeit in entwickelten Marktwirtschaften, in: Konjunkturpolitik 1/95, S. 1-28, hier S. 14ff.

Berg, der mit aller Macht vergrößert werden soll, im Inland teils wegen Sättigung einzelner Märkte, teils wegen stagnierender Masseneinkommen nicht mehr absetzbar ist, hat der Außenhandel in der Vergangenheit kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Die Fixierung auf den Export und die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat mittlerweile ein solches Ausmaß angenommen, daß alle Lohn- und Einkommenspolitik, ja alle Wirtschaftspolitik nur noch mit Blick auf die Exportfähigkeit stattzufinden scheint, was auch die überflüssige Diskussion über den angeblich gefährdeten „Standort Deutschland“ gezeigt hat.⁶ Die fatalen Folgen erleben wir täglich: Je mehr die deutsche Wirtschaft auf den Export von Waren und Dienstleistungen setzt, desto stärker muß sie sich den auf dem Weltmarkt herrschenden Bedingungen anpassen, und je mehr Industrien sich auf den Export von Gütern strukturell umstellen, desto stärker schlagen Weltmarktschwankungen auf den Binnenmarkt durch. Überspitzt könnte man sagen, daß Deutschland Gefahr läuft, zum Export-„junkie“ zu werden: Ohne ausreichende Binnennachfrage lassen sich nur mittels hoher und tendenziell steigender Exporte kurzfristig Einkommen und Beschäftigung sichern. Langfristig wird jedoch immer wieder ein „Entzug“ notwendig: Entzug von Sozialleistungen. Freizeit, Einkommen - alles, um den Bedingungen des Weltmarktes gerecht zu werden, und dort herrscht ein rauhes Klima, das Horst Afheldt beschreibt: „So wird menschliche Arbeit weltweit billig wie Dreck, wenn der ‚Weltmarkt‘, ungehindert durch Zölle, Kontingente oder hohe Transportkosten, Arbeit in jeder Ecke der Welt ‚aufkaufen‘ kann.“⁷

Im Inland nicht absetzbare Güter und Dienstleistungen dauerhaft und in wachsendem Ausmaß auf dem Weltmarkt abzusetzen, kann langfristig nur mit einem niedrigeren Lohn- und Einkommensniveau in Deutschland erreicht werden. Auch übt der - zu einem Teil hohen Exportüberschüssen geschuldete - gestiegene und tendenziell weiter steigende Außenwert der DM einen gleichgerichteten Druck aus. Die im Weltmaßstab hohen Sozial- und Lohnleistungen sind unter enthemmten Weltmarktbedingungen und bei wachsender Einkommens- und Vermögenspolarisierung⁸ trotz hoher Produktivitätsfortschritte langfristig nicht zu halten. Hiermit eröffnet sich die Gefahr einer Depressionsspirale: Löhne und Einkommen stellen nicht nur Kosten für die Exportwirtschaft dar: sie bestimmen auch das binnenwirtschaftliche Nachfrageniveau. Trotz der zunehmenden, wirtschaftspolitisch gewollten und geförderten Exportorientierung der deutschen Wirtschaft war auch 1995 nicht einmal jeder dritte Arbeitsplatz vom Export abhängig, so daß die weitaus meisten Arbeitsplätze nach wie vor an die Binnennachfrage gebunden sind. Diese wird aber aus den im Inland entstehenden Einkommen gespeist. Werden diese Einkommen durch Fixierung auf die Bedingungen der Exportwirtschaft weiter in Richtung „Weltmarktstundenlohn“ gedrückt, so lassen die Folgen nicht lange auf sich warten. Das Dilemma einer wirtschaftlichen Fixierung auf den Export wird gerade am Beispiel Deutschland klar: Klagt die Exportindustrie einerseits über zu hohe Kosten, die der Wettbewerbsfähigkeit schaden würden, leidet andererseits gleichzeitig die binnenwirtschaftlich ausgerichtete Kon-

6 Vgl. u.a. Arne Heise. Der Standort im globalen Wettbewerb, in: WSI Mitteilungen 11/95. S. 691-698; Heiner Flassbeck. Deutschland - kein Standort für Investitionen? Zum Zusammenhang von Lohnhöhe und Direktinvestitionen, in: WSI Mitteilungen 11/95. S. 699-704; Ludger Lindlar. Hat Westdeutschland ein Standortproblem?, in: DIW Wochenbericht 38/95. S. 653-661.

7 Horst Afheldt, Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder. Frankfurt a. M. AVien 1994, S. 233.

8 Vgl. Claus Schäfer, Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen. Zur Entwicklung der Verteilung 1994, in: WSI Mitteilungen 10/95, S. 605-633; vgl. auch Ders.: Die „Gerechtigkeitslücken“ können auch ökonomische Effizienzlücken werden. Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1993 und in den Vorjahren, in: WSI Mitteilungen 10/94, S. 598-622.

sumgüterindustrie genauso wie der Dienstleistungsbereich, der doch *die* „große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ darstellt,⁹ unter inländischer Nachfrageschwäche.

Eine auf die Bedingungen des Weltmarktes ausgerichtete Wirtschaftspolitik, deren primäres Ziel die Entlastung der Kostenseite ist, vernachlässigt die Tatsache, daß (Lohn-)Kosten für den Unternehmer gleichzeitig Einkommen für die Beschäftigten darstellen, die wiederum kaufkräftige Nachfrage ermöglichen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß auch massive Kostenentlastungen und damit verbundene gewaltige Gewinnsteigerungen nicht die zur Arbeitsplatzsicherung und -erweiterung nötigen Investitionen zur Folge hatten. Angeregt durch massive Steuersenkungen in den USA Mitte der achtziger Jahre im Zuge der angebotsorientierten „Reaganomics“ bemühte sich auch die Bundesregierung, im „Wettlauf der Steuersysteme“ mitzuhalten und Steuerreduktionen durchzusetzen. Zwischen 1983 und 1993 ergaben sich als Folge von Steuerrechtsänderungen Entlastungen in Höhe von insgesamt rund 240 Mrd. DM. Der Löwenanteil mit gut 170 Mrd. DM kam dem Unternehmenssektor zugute, während auf den Bereich der privaten Haushalte nur 70 Mrd. DM entfielen.¹⁰ Die Gewinnsteuerquote sank auf ein historisches Rekordtief, während die Lohnsteuerquote gleichzeitig stetig auf ein Rekordhoch getrieben wurde.¹¹ Legitimiert wurde die massive steuerliche Entlastung der Gewinne damit, daß dies eine notwendige Bedingung dafür sei. Investitionen und damit Wachstum anzuregen, das letztendlich zu mehr Arbeitsplätzen führen und damit gerade den abhängig Beschäftigten und vor allem den Arbeitslosen zugute kommen würde. Die Folge war, daß die Arbeitseinkommen zwischen 1980 und 1994 real um jährlich gerade einmal 0,04 Prozent stiegen, während die Unternehmensgewinne im gleichen Zeitraum im Durchschnitt um real knapp 7 Prozent pro Jahr zulegen.¹²

Die sich schwach entwickelnde Binnennachfrage veranlaßte kaum einen Unternehmer, arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen. Soweit Gewinne nicht lukrativ auf den internationalen Finanzmärkten plaziert werden konnten, wurden sie überwiegend für Ersatz- und vor allem Rationalisierungszwecke verwandt, also eher für die Vernichtung als für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Mittlerweile liegt die Investitionsquote sogar unter dem Stand der sechziger und siebziger Jahre.¹³ Dafür stiegen die nicht investierten Rücklagen im Unternehmensbereich drastisch an. Die einfache Gleichung „hohe Gewinne = hohe Investitionen = neue Arbeitsplätze“ beschreibt nicht mehr die Realität.

IV.

Statt weiterhin Wirtschaftspolitik ausschließlich auf der Angebotsseite zu betreiben, ist es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht geboten, Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage zu ergreifen. Die finanziellen Spielräume dazu sind da. Noch wächst das Volkseinkommen von Jahr zu Jahr, d. h. auch die Finanzierungsspielräume werden immer noch größer, nur mit der Verteilung hapert es zunehmend. Das west-

9 Vgl. Jean Fourastie, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts (1949). Köln 1954.

10 Vgl. Dieter Teichmann/Volker Meinhardt. Einflüsse Steuer- und sozialpolitischer Maßnahmen auf die Einkommensverteilung, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 3-4/93. S. 131-149. hier S. 136.

11 Vgl. Hartmut Tofaute. Steuerverteilung in der Schieflage. Steigende Lohnsteuerquote - sinkende Gewinnsteuerbelastung, in: WSI Mitteilungen 3/1995. S. 197-205. hier S. 197.

12 Vgl. Claus Schäfer. Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen, Tab. 3, S. 607 und Tab. 5, S. 610. Diese Berechnungen beziehen sich auf „Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“, die die Gewinnentwicklung „der Wirtschaft“ besonders gut wiedergeben. Vgl. hierzu Tofaute. Steuerverteilung in der Schieflage. S.197ff.

13 Die Investitionsquote (Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) lag in den 60er und 70er Jahren noch oberhalb von 24 Prozent. 1994 betrug sie für Gesamtdeutschland 22,8 Prozent, für das frühere Bundesgebiet sogar nur 19,2 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1995 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1995. S. 664.g

deutsche Bruttoinlandsprodukt ist inflationsbereinigt zwischen 1980 und 1994 pro Kopf um 24 Prozent gewachsen. Nimmt man die neuen Bundesländer hinzu, ergibt sich immer noch ein Pro-Kopf-Plus von 10 Prozent für diesen Zeitraum.

Gleichzeitig ist Armut in der Bundesrepublik zu einem nicht mehr zu übersehenden Phänomen geworden. Wachsende Armut unter den Bedingungen eines sich kontinuierlich vergrößernden Sozialprodukts ist notwendigerweise mit einer Konzentration von Einkommen und Vermögen verbunden, was für die achtziger und neunziger Jahre auch eindrucksvoll belegt werden konnte.¹⁴ Die schwache Binnennachfrage verweist somit auf ein Verteilungsproblem: In den unteren Gesellschaftsschichten gibt es noch ungesättigten Bedarf hier fehlt es jedoch wegen Einsparungen im Sozialsystem, wachsender Arbeitslosigkeit und kaum steigender bzw. zeitweise sogar sinkender Realeinkommen zunehmend an Kaufkraft. In den oberen Einkommensschichten ist zwar Kaufkraft reichlich vorhanden, doch mangelt es hier an Konsumwilligkeit, da die Konsumdringlichkeit bei wachsender Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen abnimmt. Allgemein gilt der ökonomische Grundsatz: je ungleichmäßiger die Einkommensverteilung, desto niedriger die Konsum- und desto höher die Sparquote. Nach der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Bundes konnte 1993 das obere Drittel der deutschen Privathaushalte über 56 Prozent des gesamten Einkommens verfügen, während das untere Drittel mit knapp 16 Prozent auskommen mußte. Bei der Verteilung des privaten Geldvermögensbestandes sieht die Situation noch wesentlich dramatischer aus. Hier verfügt das obere Drittel über 70 Prozent, während das untere nicht einmal 3 Prozent besitzt.¹⁵ Gesamtwirtschaftlich gesehen ergibt sich aus einer wachsenden Konzentration von Armut und Reichtum die paradoxe Situation, daß die einkommensschwachen Schichten zwar kaufen wollen, aber nicht kaufen können, während die einkommensstarken Schichten kaufen können, aber nicht kaufen wollen, da sie einen mit steigenden Einkommen wachsenden Anteil für Ersparnisse verwenden.

Eine Politik, die ungeachtet der Tatsache, daß Deutschland sich zwischen Weltmeisterschaft und (einigungsbedingter) Vizeweltmeisterschaft beim Export bewegt, weiter darauf setzt, Arbeitsmarktprobleme über noch weitere Ausfuhrsteigerungen zu lösen, wirkt kontraproduktiv: Das im Weltmaßstab hohe deutsche Lohnniveau, das notwendig ist, um die Binnennachfrage und damit die Mehrzahl der deutschen Arbeitsplätze zu sichern, kommt weiter unter Druck. Der Binnenabsatz wird immer schwieriger; Absatzprobleme werden zu weiteren Entlassungen in den binnenwirtschaftlich ausgerichteten Industrien führen. Die Massennachfrage wird weiter geschwächt, der Sozialstaat stärker beansprucht und kompensierende Sozialtransfers sinken. Ohne grundlegende Korrekturen wird die Wirtschaftspolitik ihr Heil in weiteren angebotspolitischen Maßnahmen suchen, um weitere Exportsteigerungen möglich zu machen und auf diesem Wege den binnenwirtschaftlichen Problemen zu begegnen; dies läßt sich kurzfristig nur über weiter sinkende (Lohn-)Kosten erreichen, wodurch - sollte dies gelingen - die Arbeitseinkommen und damit die Binnennachfrage weiter geschwächt würde.

V.

Um diese sich selbst verstärkende Abwärtsspirale zu stoppen, bedarf es vor allem einer neuen Verteilungspolitik. Statt einer prozyklischen Wirtschaftspolitik, die auf eine Schwächung der Massennachfrage hinausläuft, sind Schritte erforderlich, die das

¹⁴ Vgl. z. B. Ernst-Ulrich Huster. Reichtum in Deutschland. Über die Schwierigkeit, über ein Tabu zu sprechen, in: WSI Mitteilungen 10/1994, S. 635-644; Ders., Neue Armut und alte Armut, Düsseldorf 1993; Rudolf Zwiener, Verteilungsprobleme in Westdeutschland, in: DIW Wochenbericht 37/93, S. 501-507.

¹⁵ Vgl. hierzu auch Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Memorandum '96, S. 119ff.

Nachfrageniveau am Standort Deutschland erhöhen. Eine globale Lohnzurückhaltung oder eine konsequente Konsolidierungspolitik des Staates würden dieses Problem verschärfen. Anfang der dreißiger Jahre hatte der damalige Reichskanzler Brüning bereits erkennen müssen, wohin eine vermeintlich konsequente Sparpolitik führt, nämlich zu einer erheblichen Verschärfung der Krise.

Die abnehmende Bedeutung der Arbeit bei gleichzeitig zunehmender Bedeutung des Kapitals läßt den Gewerkschaften keine andere Wahl als eine wachsende Beteiligung der Arbeitnehmer sowohl am Produktivvermögen wie auch am Kapitaleinkommen zu fordern und durchzusetzen, um auf diesem Wege die Einkommen der abhängig Beschäftigten zu sichern. Diese Schlußfolgerung hatte bereits Anfang der achtziger Jahre Wassily W. Leontief aus der Analyse der Wirkung des technischen Fortschritts gezogen. Durchsetzbar sei dies aber nur, „wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer - mit Unterstützung der Regierung - eng und systematisch zusammenarbeiten.“¹⁶

Diese notwendige Kooperation scheint in Deutschland - nicht zuletzt wegen der unverhohlenen Parteinahme der Bundesregierung für die Sache der Arbeitgeber - vorerst gescheitert zu sein. Solange der Staat keine vermittelnde Rolle im Sinne Leontiefs übernimmt, rückt das von ihm anvisierte Konsensmodell in weite Ferne. Daher wird den Gewerkschaften einstweilen nichts anderes übrig bleiben, als über den Weg einer konsequenten Durchsetzung von Reallohnsteigerungen eine indirekte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und Kapitaleinkommen durchzusetzen. Gleichzeitig muß der Druck auf die Politik erhöht werden, zu einer gerechten Belastung von Einkommen und Vermögen zurückzukehren.

Die zentrale Herausforderung der Zukunft bleibt jedoch die Lösung des Problems, wie das vorhandene, derzeit noch moderat wachsende Volkseinkommen in Deutschland zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden kann. Der Ruf nach Rückzug des Staates, Privatisierung, Deregulierung und Sozialstaatsabbau einerseits und weiteren Exportsteigerungen andererseits wird den längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht gerecht und weist zudem unzweideutig in eine andere Republik. Wie weit sich die Repräsentanten dieses Staates von dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bereits entfernt haben, zeigt eine Forderung von Alfred Müller-Armack aus dem Jahr 1972. Dieser schrieb den Wirtschaftspolitikern damals folgenden Satz ins Stammbuch: „Der Staat hat die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozeß resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen, wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsubventionen usw. zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung, und es wäre eine Farce, nur den unbeeinflussten Marktprozeß zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten.“¹⁷

Das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ erhebt diese „Farce“ zum Leitbild bundesdeutscher Wirtschaftspolitik. Es bedarf daher dringend einer offensiven Politik der Gewerkschaften, die die Kurzsichtigkeit der herrschenden Wirtschaftspolitik aufdeckt, das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ offensiv vertritt und das Gros der Bevölkerung verstärkt an den „Früchten“ des Kapitals zu beteiligen sucht.

¹⁶ Wassily W. Leontief, Die Folgen für Arbeitsplätze und Einkommensverteilung, in: Spektrum der Wissenschaft 11/1982, S. 146-156, hier S. 153.

¹⁷ Alfred Müller-Armack, Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Widersacher, in: Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft. Manifest '72, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1972, S. 21-40, hier S. 26.